

Verlag: „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H.
Breslau 1, Mittelstraße 49/50.

Schlesische

Verlag: „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H.
Breslau 1, Mittelstraße 49/50.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Druckort: Breslau. Einzelnummer 25 Pf. Durch Postträger 1 40 Pf. für die Woche, 6.-Mk. für den Monat. Durch die Post: 6,10 Pf. für den Monat. Postfach Nr. 2885 „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau. Anzeigenpreis: Die kleinste Anzeilenzeile über deren Raum 600 St., enthält 100 St. Text und Wohnungsanzeigen Familienanzeigen und Veranlagungs-Anzeigen 60 St. Restliche: Die Kleinanzeigen, dreizehnsäulig über deren Raum, hinter 2.-Mk.

Streifbewegung in Frankreich.

Paris, 31. Oktober. Nach einer Havasmeldung aus St. Etienne haben die Bergarbeiter des Loire-Beckens ihre Delegierten beauftragt, bei der Dienstag in Paris stattfindenden Beratung den Generallstreik zu verlangen, falls bis zum 12. November den Bergarbeitern nicht die verlangte Lohnerhöhung bewilligt wird.

Marseille, 1. November. Die Arbeiter der chemischen Industrie haben gestern den allgemeinen Ausstand von Mittwoch ab angekündigt, wenn nicht eine Erhöhung von 10 Prozent und eine Zulage für verheiratete Arbeiter bewilligt wird.

Paris, 1. November. Nach „Journal“ haben die Grubenbesitzer dem Arbeitsminister mitgeteilt, daß sie augenblicklich angesichts der wirtschaftlichen Lage die Löhne der Grubenarbeiter nicht erhöhen können.

London. Der Grubenarbeiterstreik im Becken von Charleroi ist vollständig. Die Pferde sind aus den Gruben noch oben gebracht worden. Der Streik hat sich auf das Becken der unteren Sambre bis zur Provinz Namur ausgedehnt. Man schätzt die Zahl der Streikenden auf 50000. In der Provinz wird noch gearbeitet.

Die Zertrümmerung der Wrangel-Armee.
Meldung: Ein Armeebefehl Großis verkündet, daß die roten Truppen Wrangels Armee von allen Seiten umschlossen haben und daß das Geschick seiner Hauptmacht entscheidend sei. Wrangels letzter Bericht vom 29. Oktober erklärt nur: „Verstärkt durch Truppen Teile von der polnischen Front, setzt der Feind seine Offensive fort.“

Amerika und Sowjetrußland.
Newal, 2. November. Wie die Petersburger „Kotse Zeitung“ meldet, ist eine amerikanische Delegation in Noworossisk eingetroffen. Die Delegation verspricht, nach ihrer Rückkehr nach Amerika die dort verbreiteten Falschmeldungen über Sowjetrußland zu widerlegen. Wie das Petersburger Blatt mitteilt, hat die Delegation sich dahin ausgesprochen, daß demnächst die Handelsbeziehungen zwischen Amerika und Sowjetrußland ausgenommen werden könnten.

Waffentransporte für Polen und der Danziger Korridor.
Ein Schiebertraffik.
Berlin, 2. November. Aus Danzig wird uns von unterrichteter Seite geschrieben: „Wo Auslieferungsgegenstände wie Decken, Mäntel, Wäsche, gebrauchte Uniformen usw. in Deutschland zu haben sind, kaufen die Polen sie durch Strohmänner auf, nehmen sie durch Beauftragte am Verladeplatz ab und verladen sie an deren Spediteure oder sonstige Deckadressen in Ostpreußen. Die Waggons rollen über die polnische Grenze ohne Ausfuhrbewilligung, passieren den polnischen Korridor, werden in Dirschau abgehängt, von den betreffenden Intendanturen geleert und dann leer an den Abfahnen weiter geschickt. So nachdem etwas davon bekannt wird oder nicht, schweigen die Empfänger oder erheben ein großes Lament über Ausbreitungen der Polen im Korridor. Die Regierungsbehörden werden evtl. befragt, wenn nötig ist, und schließlich freier die Schieber ihren Gewinn ein. Transporte solcher Art sind ständig unterwegs vom Reich nach Ostpreußen und umgekehrt.“

Polen Auzgreif?
In Warschau wird, nach einem Moskauer Radio, eine rege monarchistische Propaganda entfaltet. Der Kandidat ist der Großfürst Michael, zweiter Bruder und Thronerbe des ehemaligen Zaren Nikolaus Romanoff.
Diese Propaganda ist nur ein Teil der russischen Agitation in Polen, das Freiwilligenformationen für die Wrangelsarmee anstellt und für die Fortsetzung des polnischen Krieges gegen Sowjetrußland steht. Daß die polnische Regierung nicht gegen diese Agitation unternimmt, beweist, wie ernst es ihr mit dem Rigaer Frieden ist.

Die Engländer verhaften Litwinow!
Nach einer Pariser Meldung soll ein englisches Kriegsschiff den Genossen Litwinow auf hoher See verhaftet und nach Italien gebracht haben.

Wenn diese unbestätigte Meldung wahr sein sollte, wäre sie ein Beweis für die bleiche Furcht, welche England vor dem Eindringen der kommunistischen Revolution in Persien und in die anderen asiatischen Ländern beschleicht.

Waffenraub der Reaktion.
Wie die „Unzer Tagespost“ meldet, sind aus dem Waffendepot der Artilleriefabrik in Steyr 10 Maschinengewehre, 400 Gewehre und 7000 scharfe Patronen entwendet und auf einem Auto weggeführt worden. Die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich mit dem Vorfall.
Der Raub wird entweder den Horthybanden zugeführt werden oder der Bewaffnung der einheimischen Kontrarevolution in Oesterreich dienen.

Streik in Berlin.
Zum Streik im Textilgroßhandel wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Angestelltenvertreter mit den Arbeitgebern zu keiner Verständigung geführt hätten. Eine massenhafte beschlossene Versammlung der Angestellten beschloß einstimmig, sofort in den Streik zu treten, der sich auf den gesamten Textilgroßhandel erstreckt. Die Zentralstreikleitung tritt mit, daß der Streik mit voller Kraft eingesetzt habe. Zunächst legte die Zentralstreikleitung 50 Großbetriebe still. Weitere Betriebe würden in den Streik einsteigen, sobald dies die erfolgreiche Durchführung des Kampfes erfordert.

Demokratie.
Der Oberpräsident hat als staatliche Aufsichtsbehörde die Mitglieder des neugewählten Berliner Magistrats bestätigt mit Ausnahme des zum Stadtschulrat gewählten Dr. Kurt Löwentstein und des von den Unabhängigen zum unbesoldeten Stadtrat gewählten früheren Polizeipräsidenten Eichhorn.
Diese Diktatur der Bourgeoisie, ausgeübt durch den dortigen Oberpräsidenten, wundert uns nicht. Es wird aber der Tag kommen, wo die Welt anders aussieht.

Für die 6-Stunden-Schicht.
Nach einer Mitteilung des sächsischen Landeskohlenkommissars ist die Kohlenversorgung Sachsens nach wie vor ungünstig. Die sächsische Industrie könne die vorliegenden großen Auslandsaufträge nicht erledigen und infolgedessen könne auch keine Besserung in der Erwerbslosenfürsorge eintreten. Nur durch die achtstündige Arbeitszeit könne die Kohlenförderung erhöht werden. Der Landeskohlenkommissar werde sich daher in den nächsten Tagen in Begleitung von Vertretern der Ministerien nochmals in das Zwidauer und Lugau-Deßnauer Revier begeben und trotz der für die sächsischen Bergarbeiter schwierigen Gruben- und Abbanverhältnisse auf eine Verlängerung der Arbeitsdauer hinzuwirken suchen.

Schieberpest.
Meldung: Einer Blättermeldung zufolge sind in Sachsen neuerdings große Schieberungen mit Schrott und Schindeln aufgedeckt worden. Auf mehreren Bahnhöfen sind insgesamt 72 Eisenbahnwaggons mit Altschrott, das für Böden bestimmt war, angehalten und beschlagnahmt worden, da zwar eine Ausfuhrbewilligung vorlag, aber eine 50prozentige Ueberladung der Waggons festgestellt wurde. Ferner wurden 38700 kg Schrott, bis nach dem Osten verschoben werden sollten, beschlagnahmt.

Terror der Bourgeoisie.
Aus dem besetzten Gebiet erhalten wir die Meldung, daß unser Parteisekretär Unger aus dem Kreis Reuß verhaftet wurde. Er war als Zeuge vor Gericht geladen, kam aber gar nicht mehr zurück, sondern wurde sofort von der belgischen Besatzungsbehörde in das Gefängnis in Aachen überführt. Ebenso wurde unser zweiter Parteisekretär des Kreises Reuß vor einigen Tagen aus unbekanntem Grund verhaftet.

Die Internationale der Kriegsoffer.

Von Wilhelm Carl.
Der große Saal des „Maison Municipale“ in Genf bot am 1. Mai 1920 ein buntes Bild. Auf Anregung des französischen Dichters Henri Barbusse waren die Vertreter der Kriegsoffer aus allen Ländern zusammengekommen, um sich nach schrecklichen fünf Jahren, wie aus einem Fiebertraume erwacht, zum ersten Male die Hände zu reichen und sich zu geloben, nie mehr die Waffen gegen einander zu erheben. Von der sozialistischen Presse nicht genügend beachtet und von der bürgerlichen mit sauer-süßer Mine beurteilt, vollzog sich dort die Gründung der „Internationalen Liga der Kriegsoffer.“

Wir schreiben damals, daß die Bedeutung dieser Tagung nicht in dem lag, was dort gesprochen und beschlossen wurde, sondern vielmehr in der Tatsache, daß sich zum ersten Male wieder die „Feinde“ als Menschen gegenüberstanden und feststellten, daß sie in allen Ländern mit den gleichen Pyramiden belagert und getäuscht wurden, daß es in allen Ländern gerade die Vertreter der alten Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie waren, die moralisch oder materiell bestochen im Dienste der Bourgeoisie das Durchhalten gepredigt und dadurch überhaupt die lange Dauer des Krieges und die zahllosen Toten und Kriegstrümpel verschuldet hatten.

Es ist verständlich, daß eine derartige erste Zusammenkunft mehr auf das Gefühl als auf kühle, nüchterne Abwägungen eingestellt ist und daß sich die Gedanken derer, die alle Schrecken des Krieges durchlebt haben und dabei körperlich und geistig ruiniert wurden, vor allem mit der Frage der Vermeidung künftiger Kriege befaßten und deshalb einen stark pazifistischen Einschlag zeigten.
Der zweite Kongreß, der demnächst in Mailand stattfinden soll, wird die Aufgabe haben, klare politische Richtlinien festzusetzen, damit die Internationale nicht nur dem Namen, sondern auch dem Inhalt nach eine wirkliche Internationale wird.

Das jetzige Programm läßt an Klarheit sehr viel zu wünschen übrig. Die Richtlinien sind im § 4 der Satzungen niedergelegt. Sie erklären:
1. den Krieg als eine unglückliche (!) Folge der kapitalistischen Herrschaft,
2. keinen Krieg, ob defensiv oder offensiv, als gerechtfertigt,
3. das Fassen der eigentlichen Ursache, die kapitalistische Herrschaft als wirksamen und richtigen Kampf gegen den Krieg.

Man sollte nun annehmen, daß die Konsequenz die Propaganda des Kampfes gegen die „eigentliche Ursache der kapitalistischen Herrschaft“ wäre. Aber statt dessen heißt es weiter:
„sie glaubt demzufolge, daß die ehemaligen Kriegsteilnehmer vor allem die Pflicht haben, einen Hauptkampf gegen den Krieg (!) zu unternehmen.“
Damit ist die Propaganda des Klassenkampfes abgewürgt und der Grundstein zu einem harmlosen Pazifistenklub gelegt. Solche Spielereien wollen wir ruhig den bürgerlichen Parteien überlassen, für die proletarischen Kriegsoffer ist dafür die Zeit zu ernst.

Noch unklarer als das Kampfsziel ist der Weg. In dem Manifest des Exekutivkomitees heißt es einmal, „daß der Kampf „in Verbindung mit den Arbeitern und Sozialistenorganisationen zu unternehmen“ sei, während wenige Zeilen später gesagt wird, daß „Kriegs- und Propaganda in völliger Unabhängigkeit von den politischen Parteien“ betrieben werden soll.“
Was ist nun richtig? Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß die angegebenen Kampfmittel die gleiche Verwirrung aufweisen. Der Kampf soll geführt werden durch „den revolutionären Generallstreik im Falle der Mobilisation“, sowie durch Erroderung eines „Kriegsfeindlichen GEFÜHLS“ durch antimilitaristische und pazifistische Propaganda. Also die Erroderung einer syndikalistischen mit einer pazifistischen Idee wird hier als Kampfmittel hingestellt.

Unsere kriegsbeschädigten Genossenschaftsgenossen werden aus diesen Darlegungen ersehen, welche große Aufgaben ihnen noch innerhalb der kriegsbeschädigten Genossenschaft zu leisten gilt. Sie müssen darauf dringen, daß die Probleme

Heut abend 7 Uhr Tiedt-Versammlung im Schiefwerder!

Die Einheitsfront der Verräter.

Der auf dem Kasseler Parteitag neugewählte Parteivorstand der S. P. D. wendet sich in einem Aufruf an die Parteimitglieder. Das erste Brunnstück dieses Aufrufes sind die ein und eine Viertel-Million Mitgliedsbücher, die die S. P. D. noch heute zur stärksten deutschen Partei machen. Diese Stärke aber ist eine äußerliche, denn die Träger dieser Mitgliedsbücher bilden nicht eine geschlossene, zielklare Proletariermasse, sondern eine schwankende, teils nach rechts, teils nach links fließende Menge. Die S. P. D. ist eine Partei des Kleinbürgertums geworden. Mit ihrer konterrevolutionären Politik, verdeckt mit kleinbürgerlich-demokratischen Phrasen, sind an die Stelle klassenbewusster Proletarier in ihre Anhängerischen Zeile des Kleinbürgertums und noch ungeschulte Arbeitermassen getreten, die erst über Illusionen und Enttäuschungen den Weg finden können zum Klassenkampf, zum Kommunismus.

Das beweisen die Debatten auf dem Parteitag von Kassel und das beweisend der Aufruf des Parteivorstandes, der nicht ein einziges Kampfziel den Mitgliedern der Partei zu sehen weiß. Ein Haufen von Resolutionen, eine Serie von Kommissionen, die Aufgabe des Erfurter Programms, das doch ein Programm des Klassenkampfes war, und seine Ersetzung durch ein Programm nur parlamentarischer Reformen — das ist alles, was der Parteivorstand als Ergebnis der Kasseler Verhandlungen räumen kann.

Nichtsdankbarer beteuert die Rosta-Partei dem Sozialismus ihre Treue und sie beweist diese Treue mit dem zweiten Brunnstück des Aufrufes: mit ihrem Eintreten für den Sozialisierungsplan der Hilferdinge. Wie die Hilferdinge erklären die Scheidemannier — die sogenannte Sozialisierung des Kohlenbergbaues als „die Grundlage für den Aufbau einer künftigen sozialistischen Wirtschaft“. Wie die Hilferdinge erklären sie gegen den Sozialisierungsvorschlag der Regierung „die stärksten Zweifel“ zu hegen. Wie aber der Sozialisierungsvorschlag der Regierung auch unsehbar mag, er kann mit Sozialismus nicht mehr und nicht weniger zu tun haben, als der Hilferdinge, nämlich den bloßen Namen. Die Sozialisierung der Hilferdinge läuft daraus hinaus, das Kohlenbergwerk zu verstaatlichen, um so durch eine „noch zu regende Entschädigung“ den Profit des Bergkapitals zu garantieren und gleichzeitig die Bergarbeiter durch eine vermeintliche „Sozialisierung“ zu weiterer erhöhter Arbeitsleistung für das Kapital, zu Ueberschichten, zu erhöhter Ausbeutung bereit zu machen.

Dies der praktische Sinn der Hilferding-Sozialisierung, und dies der Sinn des Scheidemannischen Aufrufes. Der Kampf, den heute die Scheide- und Dittmänner um die Sozialisierung gegen die Regierung beginnen, ist also nichts anderes als ein Scheinkampf, bestimmt, das deutsche Proletariat über den wahren Sinn der Sozialisierung zu täuschen und es von den Zielen abzulenken, die allein den Weg zum Sozialismus bestimmen: den Kampf um die Kontrolle und Beherrschung der Produktion durch die Arbeiterschaft, die nur gesichert werden kann durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Die Einheitsfront der Verräter ist hergestellt. Die Hilferdinge sind da angelangt, wo sie hingehören: in der Kameradschaft der kleinbürgerlich-konterrevolutionären Rosta-Sozialisten. Es gilt dieser Genossenschaft die geschlossene Front des revolutionären Proletariats unter dem Banner der kommunistischen Internationale entgegenzustellen.

Die Anhebung des Streikrechts beginnt.

Meldung: Wie die P. P. R. aus unterrichteten Kreisen erfahren, hat die interalliierte Kommission des Rheingebietes eine bereits am 1. November in Kraft tretende Ordnung erlassen, durch die Fragen der Streiks und Aussperrungen geregelt werden. Es wird in allen Lebenswichtigen Betrieben (Eisenbahn-Reparatur-Werkstätten, Straßenbahn, Bergwerke, Post, Schiffsfahrtswege, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke usw.) und den für den Heeresbedarf nötigen Unternehmungen bei Arbeitsfreitagen der Schlichtungsprozess eingeführt.

Die erste Instanz sind die deutschen Behörden oder die Persönlichkeiten, die das deutsche Gesetz vorsteht. Von dieser Instanz kann Berufung eingelegt werden an einen Schlichtungsausschuß, der von der Hohen Kommission ernannt wird. Die Entscheidung des Ausschusses wird in einem Protokoll niedergelegt und unverzüglich den Parteien mitgeteilt. Nachdem das Protokoll des Schlichtungsausschusses den Parteien mitgeteilt ist, soll jede Partei das Recht haben, die Aussperrung oder den Streik anzusprechen. Den Delegierten der interalliierten Kommission ist lediglich davon Mitteilung zu machen, jedoch darf die Aussperrung oder der Streik erst nach Ablauf einer Frist von acht Tagen seinen Anfang nehmen von dem Tage an gerechnet, an dem die Behörden die Mitteilung von dem Entschluß der Parteien erhalten haben.

Damit hat also die interalliierte Kommission des Rheinlandes mit der Abwägung des freien Streikrechts des Proletariats den Anfang gemacht. Andere werden bald folgen.

Die Bewegung der Beamten.

Meldung: Der zweite Beamtentag des Deutschen Beamtensundes, der über 1 1/2 Millionen Beamte vertritt, hat am 27. Oktober folgende Entschlüsse angenommen: Der vom 26. bis 27. Oktober in Berlin tagende zweite Beamtentag des Deutschen Beamtensundes warnt Regierung, Volksvertretung und Öffentlichkeit in zwölf Stunden, die letzte wirtschaftliche Widerstandskraft der Beamtenschaft durch kurzfristige Sparmaßnahmen zu vernichten und dadurch das Rückgrat des Staates zu zerbrechen. Voraussetzung für den Erfolg der

unbedingt nötigen gerechten Lösung der Besoldungsfrage ist, daß alle Wege beschritten werden, die geeignet sind, die Kaufkraft des Geldes zu heben. Während Arbeitslohn und werbendes Kapital bis zur Unerträglichkeit durch Steuern belastet sind, feiert die Spekulation mühelose Triumphe. Der zweite Beamtentag verlangt, daß hiergegen endlich mit rücksichtsloser Energie vorgegangen wird. Insbesondere fordert er, daß jeder Mehrwert an Grund und Boden, der aus der Arbeit der Gesamtheit entsteht, die Grundrente, sowie alle arbeitslosen Gewinne aus Monopolen und der Salynot restlos den Zwecken der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Nur hierdurch ist es möglich, die deutsche Volkswirtschaft wieder leistungsfähig zu machen und zu befestigen. Nur dann kann mit den Milliardenwendungen für die Beamtenbesoldung eine wirkliche und wirksame Besoldungsreform geschaffen werden.

Die Beamten sind naiv. Sie fordern von der Stinnes-Regierung, daß sie gegen die Profit-Maserei vorgehe. Das wird niemals geschehen. Erst die Diktatur des Proletariats wird dieser Hölle allmählich ein Ende machen. Das sollten die Beamten erkennen und entsprechend handeln.

Von Scheidemann bis Stresemann.

Meldung: Der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Dr. Petersen, nimmt in einem Aufsatze im „Demokrat“ zur politischen Lage Stellung. Er erinnert daran, daß Naumann einst einen Bloß von Baffermann bis Bebel forderte und tritt nun seinerseits für die Schaffung einer Mehrheit der deutschen Mitte ein zur Erhaltung der Demokratie und zur Durchführung einer nationalen und sozialen Politik. Er erklärt: „Es ist ein großer Gewinn, daß mit der Beendigung jeglichen Kulturkampfes, mit der Anerkennung der kulturellen Werte, welche Kirche und Religion dem Volke gegeben haben, das Zentrum als Mitträger dieser Politik sich zur Verfügung gestellt hat. So gilt es heute die Schaffung der deutschen Mitte von Stresemann bis Scheidemann einschließend des Zentrums!“

Ein Bloß von Stresemann bis Scheidemann: fehlen bloß noch Dittmann und Westarp; dann ist der große Bloß gegen das revolutionäre Proletariat ganz fertig!

Der Bod als Biergärtner.

Vom Oberpräsidenten in Königsberg wird mitgeteilt: Obwohl an der Grenze nach Litauen seit dem 16. Oktober keine erfolgreichen Uebertritte festgestellt worden sind, hat Oberpräsident Siehr beim Militärbefehlshaber den Eintrag von Reichwehr an der Grenze beantragt, um einerseits die dortigen Kräfte der Sicherheitspolizei in ihrem schwierigen Dienst zu entlasten, andererseits alle Möglichkeiten eines ferneren unerlaubten Uebertrittes auszuschalten. Die Truppen sind antwortgemäß sofort eingesetzt worden.

Die Reichwehr als Störer der internationalen Konterrevolution — es ist köstlich!

Aus der Partei.

Anschluß der uruguayischen Sozialisten zur dritten Internationale.

„Kosta Wien“. London, 25. Oktober 1920. Aus Montevideo (Uruguay) wird gemeldet: Auf dem hier abgehaltenen Sozialisten-Landeskongreß wurde der Antrag auf Beitritt zur dritten Internationale mit einer fast 2/3 Mehrheit angenommen.

Kongreß der mexikanischen Kommunisten.

„Kosta Wien“. London, 25. Oktober 1920. Aus Mexiko wird gemeldet: In Mexiko City wurde die erste Sitzung des Kongresses der mexikanischen Kommunisten eröffnet. Es waren vertreten die Gruppen der Provinzen Mexiko, Puebla, Vera Cruz, Jalisco und Tamaulipas.

Literatur.

Die Weltrevolution und die dritte Internationale.

Unter diesem Titel erschien dieser Tage eine Broschüre, die die Rede des Genossen Sinowjew auf unserem Halleischen Parteitag enthält und das Schlusswort, das Genosse Sinowjew nicht halten konnte, weil auf Bitten der Hilferdinge auf sämtliche Schlussworte verzichtet wurde. Die Broschüre erscheint im Verlage des Genossen Alfred Delpner, Halle a. d. Saale, Harz 42/44, und kann dort zum Preise von 60 Pf. bestellt werden. Es wird den Organisationen empfohlen, Bestellungen gleich für ihren ganzen Bezirk vorzunehmen.

Provinz.

Bezirksparteitag.

Piegnitz, den 31. Oktober. Die Tagung wurde durch den ausgezeichneten Vortrag revolutionärer Lieder, dargeboten vom Arbeitergesangsverein Piegnitz, eingeleitet. Nach Geschäftsordnungsdebatte, die auch darüber geht, ob Delegierte, die auf Hilferdingischem Boden stehen (in Stärke von vier Mann erschienen), das Anwesenheitsrecht haben sollen, wobei entschieden wird, daß sie als Gäste den Bericht über den Halleenser Parteitag anhören dürfen (ein Delegierter — Piegnitz — verließ trotzdem den Saal), wird folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Bericht vom Reichsparteitag. Referent: Genosse Scholz-Landeshut.
2. Linere Gegenwartsaufgaben. Referent: Genosse Malzahn-Berlin.

3. Organisationsfragen. Referent: Genosse Ziegler.
4. Abruf der Abgeordneten für Niederschlesien, Anna Nemitz.

In das Büro werden gewählt: Hamann-Hagnau (1. Vorsitzender), Krause-Freiburg (2. Vorsitzender), Geister-Piegnitz (1. Schriftführer), Sinowjew-Sagan (2. Schriftführer). Die Mandatsprüfungskommission stellt fest: Es sind rechtmäßig anwesend: 60 Delegierte mit beschließender Stimme, 2 mit beratender Stimme, 1 Pressevertreter, 1 Mitglied der Kreisleitung Hagnau, 1 Vertreter der Zentrale (Malzahn), 2 Bezirksvorstandsvertreter, 1 Bezirksratler (Scholz-Landeshut), 2 Vertreter der S. P. D.

Genosse Scholz-Landeshut gibt den Bericht vom Halleenser Parteitag. Genosse Malzahn ergänzt ihn und macht dann Ausführungen über die Aufgaben und Ziele der Partei. In der Diskussion spricht als einziger (längere Ausführungen) Genosse Lubinski-Breslau. Ueber Organisationsfragen referierte Genosse Ziegler-Breslau. In der Diskussion über das Referat beteiligten sich Nibel-Freiburg, Scholz-Landeshut, Brand-Breslau (S. P. D.), Ammon-Breslau, Hamann-Hagnau, Geister-Piegnitz, Lubinski-Breslau. Punkt 4: Abruf der Abgeordneten für Niederschlesien, Anna Nemitz, begründete Genosse Ziegler. Als Ergebnis des Parteitages wurden folgende 7 Anträge angenommen:

1. Der Bezirksparteitag der U. S. P. D. Bezirk Schlesien, vom 31. Oktober 1920 in Piegnitz beschließt: Alle Mitglieder der U. S. P. D. Bezirk Schlesien, sind verpflichtet, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ als Organ der U. S. P. D. zu halten und zu lesen.

2. Der Bezirksparteitag der U. S. P. D. Bezirk Schlesien, vom 31. Oktober 1920 in Piegnitz beschließt: Alle Mitglieder der U. S. P. D. Bezirk Schlesien werden dringend ersucht, aus dem Landesratte auszutreten.

3. Der Bezirksparteitag der U. S. P. D. Bezirk Schlesien vom 31. Oktober 1920 in Piegnitz beschließt: Alle Mitglieder der U. S. P. D. Bezirk Schlesien welche sich in einem Kriegsbekämpfungs-Bund organisieren wollen, haben sich nur dem „Internationalen Bund der Kriegsbekämpften“ anzuschließen.

Die Durchführung vorstehender 3 Anträge überwachen die Bezirksleitung und Kreisleitungen. Nach Verlauf von 4 Wochen ist der Bezirksleitung zu melden, in welchem Umfange vorstehende Anträge in den einzelnen Ortsgruppen durchgeführt sind.

4. Um eine zweite Kraft in der Bezirksleitung anzuschließen und eine tüchtige Propaganda zu treiben, ist der Monatsbeitrag auf 2 Mark zu erhöhen. (Frauen 1 Mark, Arbeitslose die Hälfte. Ebens erhalten Arbeitslose die Zeitung umsonst geliefert.)

5. Sonntag, den 14. November, findet in Breslau eine gemeinschaftliche Sitzung der Kreisleiter und der neugewählten Bezirksleitung statt.

6. Die politische Situation und der organische Zusammenschluß der U. S. P. D. und S. P. D. erfordern die sofortige gemeinsame politische Arbeit der beiden Parteien. — Der Bezirksparteitag beschließt daher, daß sofort überall gemeinsame Aktionsausschüsse gebildet, gemeinsame Mitglieder- und Distriktsversammlungen abgehalten werden und in den Gewerkschaften, Betriebsräten, Konsum-Genossenschaften usw. durch Bildung von Fraktionen, die klar und zielbewußt arbeiten, gegen die gesamte Reaktion gekämpft wird. Der Bezirksparteitag beschließt ferner, daß für die Provinz Schlesien ein Aktionsausschuß aus beiden Parteien gebildet wird, der die Durchführung dieses Programms in jeder Weise zu fördern und zu überwachen hat.

7. Der Bezirksparteitag der U. S. P. Schlesien vom 31. Oktober konstatiert, daß die Reichstagsabgeordnete für Niederschlesien Anna Nemitz durch Ablehnung des Mehrheitsbeschlusses des Halleenser Parteitages in Bezug auf die kommunistische Internationale nicht mehr Mitglied der U. S. P. D. ist und demnach nicht mehr als Vertreterin für Niederschlesien im Reichstag anerkannt und aufgefördert wird, ihr Mandat sofort in die Hände ihrer Auftraggeber, des Bezirksparteitages für Schlesien, zu legen. Kommt sie diesem Beschlusse nicht nach, so macht sie sich eines Vertrauensbruchs schuldig, da sie sich bei ihrer Anstellung verpflichtet, ihr Mandat niederzulegen, wenn sie vom Bezirksparteitag dazu aufgefordert wird.

Der Bezirksparteitag war ein sehr hoffnungsvoller Auftakt für die revolutionäre Arbeit in Schlesien. Die U. S. P. Schlesiens steht in überwältigender Mehrheit auf dem Boden der kommunistischen Internationale.

Sandeshut.

Die Kollegen und Kolleginnen werden nochmals auf die jeden Donnerstag in der Aula des Realgymnasiums (der Denutzung der Volksschulaula stehen Schwierigkeiten entgegen) stattfindenden wissenschaftlichen Vortragsabende aufmerksam gemacht. Die Arbeiterschaft muß, ungeachtet der jetzigen Bestrebungen bürgerlicher Kreise, diese Veranstaltungen zur Bereicherung des Wissens durch zahlreichen und pünktlichen Besuch unterstützen. Darum für alle Wissensdurstigen: Auf zu den Vorträgen, die Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr beginnen. Der Bildungsausschuß.

Lothales.

Breslau, den 4. November.

Funktionärerversammlung (Klebersammlung) am 2. November 1920.

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

1. Zur Durchführung seitens der Distriktsleitungen 1. Alle Distriktsführer haben zur übernächsten Funktionärerversammlung ein Verzeichnis aller in ihren Distrikten tätigen Funktionäre (Mitarbeiter, Betriebs-Gewerkschaften, Gruppen usw.) mit Angabe der Adressen einzureichen.

- In den Distrikten sind durch die Kassierer alle Mitgliedsbücher einzutragen, die Mitglieder dabei über ihre Stellung zu den Galleschen Beschüssen persönlich zu befragen und die Bücher dem Ortsbüro zur Abstempelung abzugeben.
- Die Distriktsführer geben in der übernächsten Funktionärversammlung die genaue Zahl ihrer Mitglieder an.
- Die Distrikte stellen unverzüglich alle bei ihnen vorhandenen selbständigen Handwerker (Barbiere, Schuster, Schneider, auch Geschäftsinhaber usw.) fest und reichen das Verzeichnis mit genauen Adressen an den Vorsitzenden der Pressekommission, Genossen Boyer, ein.
- Zur Durchführung seitens des Ortsrats:
 - Die Distriktsabende und die Abteilungsverfassungen werden vierzehntäglich, die Mitgliederversammlungen monatlich einmal abgehalten.
 - Genossen, die zu den Distriktsabenden dreimal nacheinander unentschuldig nicht erscheinen, werden zu außerordentlichen Arbeiten herangezogen (Broschürenvertrieb usw.) Verweigerer die Arbeitsleistung, so werden sie ausgeschlossen.
- Zur Durchführung seitens der Gewerkschaftsfunktionäre:
 - Die Gewerkschaftsfunktionäre haben die revolutionären Gewerkschaftler zu veranlassen, die Beitragszahlung von 20 Mk. für den Umbau des Gewerkschaftshauses zu verweigern, weil das Gewerkschaftsstatut den revolutionären Sozialisten die Benutzung des Gewerkschaftshauses nicht gestattet.

Dr. Goldschmidt über die Wirtschaftsorganisation Sowjetrußlands.

(Schluß)

Wie ist das Proletariat nun in diesen organischen Bau hineingewachsen? Um das richtig zu erfassen, ist es notwendig, etwas über die russische Gewerkschaftsbewegung zu wissen. Das überhöhte Gewaltregime des Zaren ließ irgendwelche Parteibildung nicht aufkommen. Durch dieses Zurückdrängen einer natürlichen Bewegung wurde das Hauptgewicht in die Betriebe, die kleinste Zelle, verlegt. Der Betrieb war gewissermaßen gleichzeitig die Betriebszentrale. Diese Bewegung konnte infolge des Stands der Massen und des enormen Druckes der Polizei (Dbrana) niemals, wie etwa in Deutschland einfließen. Nach dem Sturz des Zaren entstanden nun überall Gewerkschaften, die sich schnell ausdehnten. Diese Gewerkschaften sehen jedoch anders aus, als beispielsweise die deutschen. Es waren eine Zusammenfassung der schon bestehenden Betriebsräte. Ihr Aufbau war denn auch zentralistisch. Jede Gewerkschaft bildete für sich eine Pyramide, alle zusammen ebenfalls eine Pyramide. Diese Gewerkschaften (die ehemaligen Betriebsräte), russige Arbeitermassen hinter sich, besetzten nun die Posten der Betriebe und wirkten bestimmend in der Industrie. Es ist darum eine Lüge, zu behaupten, die Betriebsräte hätten in Rußland nichts zu sagen. Die Wohlstandsbeschüsse, neuerdings gegründet, sind allerdings etwas anderes und werden nämlich für Betriebsräte gehalten. Große Aufgaben haben nun alle Wirtschaftsfunktionäre. Von ihrer Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit hängt das reibungslose Funktionieren der Wirtschaftsmaschine ab. Es kann festgestellt werden, daß Mißstände immer mehr verschwinden. Für das zum Teil noch zerfallene sozialistische Volk ist allerdings nicht Sowjetrußland, sondern das gegen Sowjetrußland seit Jahr und Tag ansetzende internationale Kapital feindlich. Kriegsproduktion ist immer unproduktiv. Man soll Rußland

Ruhe lassen und es wird sich in jeder Beziehung entfalten, daß die Welt erkennen wird. Mit all diesem ist der sozialistische Aufbau noch nicht erschöpft. Bekanntlich hat die Privatwirtschaft in ihrer zugehörigen Stadt und Land, Industrie und Land getrennt. Sowjetrußland ist nun daran, diese beiden Körper zusammenzubringen, um kommende Revolutionen unendlich zu machen. Diese Vereinigung aber kann nur geschehen, wenn die Stadt dem Land mehr gibt, als das Land der Stadt. Der oberste Volkswirtschaftsrat arbeitet nach diesem Plan. Er beginnt das Land zu elektrifizieren, die riesigen Kalklager zu heben, die Felber in trockenen Gebieten zu betriebseln usw., um somit die Bauerschaft von den Vorzügen kollektiver Arbeit zu überzeugen. Gigantische Probleme hat sich der oberste Volkswirtschaftsrat trotz der fürchterlichen Bedrohung seines Landes vom internationalen Kapital gestellt und ist daran, sie tatsächlich zu lösen. Gelingt es, seiner Feinde Herr zu werden, so wird es in 10 Jahren das reichste Land der Erde sein. Es fürcht erhebt diese Arbeit der Bolschewiki. Es gilt, nach Kenntnis dieser Tatsachen, sich Sowjetrußland gegenüber neu einzustellen. Unbegreiflich ist die Haltung des deutschen Bürgeriums. Wie kann man Versailles und Rußland zu gleicher Zeit bekämpfen? Rußland ist durch seine nicht mehr zu befechtende, einzigartige Wirtschaftsorganisation die einzige Macht, die Deutschland von Versailles wirtschaftlich befreien kann. Versailles aber ist das fürchterlichste wirtschaftliche Diktat, das die moderne Geschichte kennt und wird das deutsche Volk auf Generationen hinaus fürchterlich verelenden. Eine Riesendummheit begeht das sich auch so klug denkende deutsche Bürgerium!

Nun versteht man aber auch, warum das russische Volk all die Entbehrungen und Leiden trägt. Es weiß, was es verteidigt! Es gleicht dem Bibel-Volk der Amaliter, das mit dem Schwert umgürtet, sein Haus bauen muß. Die jüdische Wirtschaftskrise, welche die Welt je gesehen und die mit dem Weltkrieg verbunden, hat alle Werte umgewertet. Eine neue Zeit bricht an! Eine neue Geographie auch, nicht mehr nach nationalen Grenzen, sondern nach Wirtschaftsbezirken eingeteilt. Das hohe Lied reißloser Arbeit, befreit von dem Joch der Lohnsklaverei, beginnt zwar noch leise, aber doch schon hörbar in seinem Hymnus zu klingen. Wer Rußland offenen Auges und Auges bereit, spürt das, trotz der vielen Mißstände, die noch dazwischen liegen. Von Osten bricht durch Nacht die Morgenröte! Mit dem Ruf: Völker hören die Signale! Auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

schloß der Referent seine 2 1/2 stündigen herosragenden Ausführungen. Fremder, wohlwollender Beifall der ergreiften, aufnahmefreudigen Zuhörerhaft lohnte ihn. Bei einer Diskussion wurde Abstand genommen. Genosse Dr. Goldschmidt hat mit seinen sachlichen, selbst den Gegner überzeugenden Ausführungen zum Nachdenken angeregt, der Sache Rußlands damit einen wirklichen Dienst erwiesen und gezeigt, wie man im Sinne der 3. Internationale zu wirken hat. Wir hoffen, ihn bald wieder in Breslau begrüßen zu können.

Neue Höchstpreise für Kohlen und Bricketts.

Seit Februar 1920 ist eine Erhöhung des Preises des Bahnpfahndlers nicht erfolgt, obwohl seitdem erhebliche Steigerungen, insbesondere an Gehältern, Löhnen und Gehältern usw. eingetreten sind. Für diese Mehraufwendungen muß den Bahnlern ein angemessener Ausgleich gewährt werden. Die seit längerer Zeit gepflogenen Verhandlungen haben jetzt zu einem Abkommen geführt. Hierdurch und durch die Erhöhung der Zufuhrpreise ist eine Erhöhung der Kohlenpreise notwendig geworden. (Bergl. Anzeigenteil.)

Neue Höchstpreise für Kohlen- und Kohlaufuhr.

Die seit der letzten Höchstpreisfestsetzung im Februar 1920 ganz bedeutend gestiegenen Kosten der Zubehaltung bedingen auch eine Neufestsetzung der Höchstpreise für die Kohlen- und Kohlaufuhr. Die neuen Preise sind im Anzeigenteil bekanntgegeben. Sie treten mit dem 3. November 1920 in Kraft.

Achtung! Partigenossen!

Es sind nur solchen Partigenossen Beiträge anzuhändigen, die vom Ortsrat gestempelte Ausweise (Stempel: Sektion der dritten Internationale) vorweisen. Anderen Personen darf auf keinen Fall Geld verabsolgt werden. Der Ortsrat.

Für Fahrradbefitzer

hält Ingenieur Haberfeld, am Freitag, den 3. November, abends 7 Uhr, in der Hermann-Loge, Museumplatz 16, einen öffentlichen Vortrag über Fahrradschutz nebst praktischen Ausführungen.

Kampfe im Zirkus Busch.

Am Dienstag abend Entscheidungskämpfe zwischen den Europameistern East und Dignam und Schwarzbauern-Hamburg gegen Naber-Ditpreußen. East bezwang den technisch guten Dignam nach 64 Minuten Gesamtzeit. Lediglich hervorragende Momente bot der zweite Gang Schwarzbauer und Naber. Der Hamburger mußte sich der überlegenen Kraft des Ditpreußen beugen. Weltmeister Weitergaard-Schmidt siegte über Aldermann-Sachsen. Das Treffen Romanoff-Rußland gegen Apollon-Frankreich endete resultlos.

Ata

reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.

Bestes Scheuerpulver für Haushalt, Gewerbe u. Industrie.

Vorzüglicher Herdputz.

Überall erhältlich.

Henkel & Cie., Düsseldorf

Fabrikanten von „SUI“ und Henkel's Bleich-Soda.

Verantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Finanzen und Provinzialverwaltungen; für äußere Politik, Rat, Partei, Internationales und Solales: Erich Kunitz; für Internate Fritz Ulbrich. Druck: Buchdruckerei Büchel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Donnerstag 6 Uhr:
Die Heilerkämpfer von Nürnberg.

Jobst-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Die Fährde der Passate.

Ullrich-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Ehrenscheid.

Schauspielhaus.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Die Frau im Hermelin.

Liebig-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Ballett Charell
Otto Eiler
Rallyettes
Kontrepianino
Militärs Zerstörer
und das große
Revue-Programm.

Über-Bayern.
Täglich
die urlichen
Oberländer
I. u. II. Teil.

Blumenhalle.
Täglich, Sonntag 24.
Blumen, Kunstblumen.

Preiswerte Winter-Mäntel

Damen-Mantel aus grau meliertem Stoff, Fischgrätenmuster, ca. 110 cm lang 135⁰⁰	Flotter Mantel aus farb. gerahmt. Stoff, ca. 115 cm lang, mit dicker Stepperei verziert 325⁰⁰
Hochmoderner Mantel aus braun halbschwer. gerahmtem Stoff, ca. 120 cm lang, elegant. Tasch. 195⁰⁰	Sehr preiswerter Mantel aus farbig meliertem Wollflausch, ca. 125 cm lang, verstellbarer Gurt 420⁰⁰
Schicker Ulster aus braun oder grün. gerahmtem Stoff, ca. 120 cm lang, Raglan-Aermel, verstellbarer Gurt 260⁰⁰	Praktischer Mantel aus reinwollenen modelfarbenem Flauschstoff, Taschen mit Stepperei 525⁰⁰

Julius Henel v. C. Fuchs.

Vortrag
am Freitag den 3. November, 7 Uhr
Fahrrad-Freitag
Kommunisten
Donnerstag 7 Uhr

Wahl
am Freitag den 3. November, 7 Uhr
Kommunisten
Donnerstag 7 Uhr

BUCHMANN

Dem Jahrestag der russischen Revolution
ist die neue Nummer der

Jugend-Internationale

Kampfbogen der Kommunistischen Jugend-Internationale gewidmet. Das 22 Seiten starke, mit zahlreichen, zum Teil farbigen Bildern geschmückte Heft kostet nur Mk. 1.00. Bestellungen sind zu richten an den

Verlag Lange Gardt, Berlin G. 2, Stralauer Strasse Nr. 72.

Inserate haben in der „Schließlichen Arbeiter-Zeitung“ größten Erfolg.

Neue Höchstpreise für Kohle u. Bricketts

- Für die Abgabe von Kohlen und Bricketts darf vom 3. November 1920 ab nicht mehr gefordert werden als:
 - für Stück, Würfel, sowie Maß 1 15.30 R. f. d. St.
 - „ Maß 11 „ „ „ 15.20 „ „ „
 - „ „ „ und Kleinloble „ „ „ 15.10 „ „ „
 - „ „ „ „ „ „ „ 14.40 „ „ „
 - „ „ „ „ „ „ „ 20.00 „ „ „
 - „ „ „ „ „ „ „ 15.30 „ „ „

Die Preise verstehen sich ab Lagerplatz des Bahnpfahndlers und Kleinbahndlers, enthalten also nicht die Kosten für Zufuhr und Abtrag.

II. Die in unklarer Anordnung vom 3. April 1920 festgesetzten Höchstpreise haben wir auf:

Der Magistrat.

Neue Höchstpreise für Kohlen- u. Kohlaufuhr

- Für die Zufuhr von Kohle an Kohlenhändler gleichgültig, in welcher Menge die Kohle angefahren wird darf für den Zentner nicht mehr gefordert werden als 0.08 R. ohne Ueberladegebühr, 1. — „ einschl. Ueberladegebühr.
- Für die Zufuhr von Kohle an Verbraucher des einschl. Ueberladegebühr für den Zentner nicht mehr gefordert werden als:

bei Mengen bis zu 10 Ztr.	1.30 R.
„ „ „ von mehr als 10-30 Ztr.	1.20 „
„ „ „ „ 30-50 „ „ „ „ „ „ „	1.10 „
„ „ „ „ über 50 Ztr.	1. —
- Für die Zufuhr von Kohle ergibt sich die angegebene Preise für jeden Zentner um 0.08 R.
- Für das Einstellern von Kohle sind für den Zentner weiter 0.26 R., für das Einstellern von Koks sind für den Zentner weitere 0.28 R. zu zahlen. Bei Abtrag auf Entfernungen von mehr als 50 m zwischen Arbeitspunkte und dem Kellereingang sowie bei Abtrag über das zweite Stockwerk hinaus ist ein Zuschlag von 5 Pf. für den Zentner zu entrichten.
- Die hier festgesetzten Preise gelten für jeden, der die Zufuhr oder das Einstellern von Kohle oder Koks übernimmt.
- Für die Zufuhr von Kohle oder Koks übernommen hat, darf auch die Einstellerei nicht verweigert.

Diese Anordnung tritt mit dem 3. Nov. 1920 in Kraft. Unsere Anordnungen vom 26. Februar und 28. Juni 1920 haben wir auf.

Der Magistrat.

Achtung! Distrikt 9. Achtung!
Seitler Familienabend
am 6. November 1920, abends 7 Uhr
bei Scholz, Leutenstr. 66e Glöckchenstr.